

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, Sonntags und Feiertags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 10 Mk. im voraus zahlbar. Für Vorkosten nehmen sämtliche Verlegerinnen Bestellungen entgegen. Unter Umständen bezogen für Deutschland, Österreich, Ungarn, Dänke, das Elsaß u. Moselgebiet sowie die früheren deutschen Gebiete Polens u. Jugoslawiens 20 Mk., für den übrigen Ausland 27 Mk. per Brief bez. für Deutschland u. Österreich-Ungarn 26 Mk. Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin S 2, Breite Straße 26.

Die abgelaufene Korrespondenz über Herrn Raun kostet 5.- Mk. einschließlich Fernsprechkosten. Kleine Anzeigen: Das fertige Blatt 2.- Mk., jedes weitere Wort 1.20 Mk., einschließlich Fernsprechkosten. Caution Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Gebirgs-Befunde 1.20 Mk. netto pro Zeile. Gebirgs-Befunde in Wort-Anzeigen: das fertige Blatt 1.50 Mk., jedes weitere Wort 1.- Mk. Fernsprecher: Zentrum 15230-15239

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Auf dem Wege zum Kompromiß

Die Richtlinien für die Sachverständigen

Paris, 9. August.

Die Havasagentur berichtet über den Verlauf der heutigen Nachmittags-Sitzung des Obersten Rates, zu Beginn des Abends seien die Arbeiten des Sachverständigenausschusses schon weit vorgeschritten gewesen. Die angesagte Abend-Sitzung habe nicht stattgefunden, dagegen würden die Sachverständigen morgen vormittag zu einer Sitzung zusammentreten. Der Oberste Rat seinerseits werde morgen um 11 Uhr zusammentreten. Man glaube, daß in dieser Sitzung schon über den Entwurf des Ausschusses beraten werden könne, und daß der Oberste Rat in der Lage sein werde, ihn mit oder ohne Abänderung anzunehmen.

Die Resolution über die Wiederaufnahme der Verhandlungen des Sachverständigenausschusses bestimmt:

In Anbetracht der Schwierigkeiten, die sich ergeben dadurch, daß in den sogenannten Industriezentren im Herzen Oberösterreichs sich in den sogenannten ländlichen Kommunen mit starken deutschen Mehrheiten und ländliche Kommunen mit polnischen Mehrheiten befinden, sowie ferner in Anbetracht der Notwendigkeit, daß nach Möglichkeit diese Lage mit den im Einvernehmen aufgestellten Grundfäden in Übereinstimmung gebracht werden müsse, wird die durch die Zuziehung der Oberkommissare verstärkte Kommission der Sachverständigen aufgefordert, die Frage aufs neue zu prüfen und einen Bericht vorzulegen, aus dem hervorgeht, welche Kommunen aus wirtschaftlichen oder topographischen Gründen nicht von den obengenannten ländlichen großen Gemeinden getrennt werden können. Der Bericht soll ferner Rücksicht nehmen darauf, welche Eisenbahnlinien notwendig sind für die wirtschaftliche Existenz und die Wohlfahrt dieser Gemeinden.

Die Haltung der französischen Presse

Paris, 10. August.

Die Morgenblätter zweifeln fast durchweg nicht mehr an der Möglichkeit einer Einigung. Bertinax jagte im „Echo de Paris“, der gestrige Tag habe schlecht begonnen, was aber nicht bedeute, daß er schlecht geendet habe. Lloyd George habe in seiner Rede die Extravaganzen und historischen Theorien wieder vorgebracht, die seine berühmte Rede vom 13. Mai ausgeglichen hätten. Bertinax findet die Rede des Ministerpräsidenten Briand schwach und erklärt weiter, die drei in Lloyd Georges Vorschlag für die Arbeiten der Sachverständigen enthaltenen Grundfäden seien von Briand nicht reflexlos angenommen worden. In der Frage der Verstärkungen habe General le Rond den französischen Standpunkt aufrecht erhalten, aber was nütze dies alles, da die Deutschen zum größten Teile Befriedigung erlangen würden. Die Forderungen des Generals le Rond seien also ins Leere gegangen. In der Angelegenheit der Verstärkungen habe man vor vierzehn Tagen in Berlin gedroht und in London eine fast brutale Sprache geführt. Bertinax schließt mit der Frage: „Ist das eine französische Politik?“

Die Kosten der Befahrungstruppen

Sitzung der interalliierten Finanzkommission

Paris, 9. August.

Im Verlauf der Nachmittags-Sitzung der interalliierten Finanzkommission hat man sich vor allen Dingen mit der Frage der Kosten der Befahrungstruppen beschäftigt. Es wurde beschlossen, ein Komitee einzusetzen, bestehend aus den Finanzministern der alliierten Länder, um den Betrag der Kosten für die Befahrung bis zum 1. Mai festzustellen. Dieser Ausschuss soll auch die Befahrungskosten für jedes einzelne Land prüfen. Während ein englischer Soldat 15 Goldmark pro Tag kostet, betragen die Unterhaltungskosten für einen französischen Soldaten nur 6 Goldmark. Minister Loucheur hat zur Vereinfachung der Ausgaben einen Betrag von 11 Goldmark für jeden Mann vorgeschlagen. Bis jetzt hat die englische Delegation diesem Antrag noch nicht zugestimmt. Der gleiche Ausschuss soll auch prüfen, ob die Lieferungen Deutschlands die Kosten bedeuten und wenn nicht, wie das Defizit gedeckt werden soll. Ein weiteres Komitee soll die Befahrungskosten nach dem 1. Mai prüfen. Dieser Ausschuss wird morgen zusammentreten. Am Schluß der Sitzung hat sich die Finanzkonferenz mit der belgischen Prioritätsfrage und mit der Rückzahlung der belgischen Kriegskosten durch Deutschland beschäftigt. Die nächste Vollversammlung der Konferenz findet Mittwoch nachmittag statt.

Der Krieg in Kleinasien

Beginn der zweiten griechischen Offensive

T. U. London, 10. August.

Die „Times“ vernimmt aus Smyrna, daß die zweite Phase der griechischen Offensive begonnen hat. Der Angriff begann fünfzehn Meilen nördlich von Bilejik. Die Türken ziehen sich zurück. Aus Athen wird gemeldet: Sunaris hat erklärt, daß Ankara nur besetzt werden soll, wenn dies unbedingt nötig ist. Auf jeden Fall ist nicht die Befahrung Angoras, sondern die allgemeine Zerstreung der Reste der türkischen

„Petit Parisien“ schreibt: Zum ersten Male habe man den Weg eingeschlagen, der rasch zu einem Abkommen führen werde. Das Dogma, das von britischer Seite verteidigt wurde, habe darin bestanden, daß das oberösterreichische Industriegebiet unteilbar sei. Dieses Dogma habe Lloyd George in seiner Rede, deren Inhalt vielleicht glücklicher gewesen sei, als ihre Form, aufgegeben. Da man von diesen künstlichen Hindernissen befreit sei, hätten die Sachverständigen ihren Weg sofort voranzutreten können.

„Petit Journal“ sagt, das Industrie- und Handelsministerium der englischen Politik gewesen. Noch vor zwei Tagen hätten die englischen Vertreter gesagt, es sei unteilbar, es müsse Deutschland zugesprochen werden. Nach der Verhandlung in öffentlicher Sitzung und nachdem Lloyd George und Briand in der Vollziehung ihre widersprechenden Thesen gewissermaßen absolut vertreten hätten, habe man erklärt, daß sie in einem Punkte einig seien, vor allen Dingen das Recht und die Gerechtigkeit in Betracht zu ziehen. Man habe Grundzüge angenommen, die dazu führen werden, daß eine gewisse Anzahl von kleinen natürlichen Bezirken geschaffen werde, die zum Teil Deutschland und zum Teil Polen zugesprochen würden. Die Lösung, die man voraussetze, näherte sich also der von Graf Sforza vorgeschlagenen.

„Matin“ sagt zur Erläuterung der gestern angenommenen Resolution, in dem Augenblick, in dem man die Sachverständigen eingeladen hätte, ihr Augenmerk auf die Teilung des Industriegebietes zu richten, sei die absolute englische These nicht mehr aufrechterhalten worden.

„Gaulois“ erklärt, der zweite Tag der Verhandlungen habe mit der einstimmigen Annahme einer Resolution geendet, die eine merkliche Annäherung der beiden entgegengesetzten Standpunkte bedeute und zu der Hoffnung berechtige, daß nunmehr der Oberste Rat den Weg zur gerechten Lösung beschritten habe. Auch „Figaro“, schreibt, daß man sich in Wirklichkeit der Verzögerung näherte, trotzdem scheinbar die Gegensätze so unüberbrückbar seien, wie am gestrigen Tage.

Die Prüfung der Kleinasiatischen Frage

Paris, 10. August.

Der Schluß der gestrigen Nachmittags-Sitzung des Obersten Rates wurde mit der Prüfung der Kleinasiatischen Frage ausgefüllt. Es äußerten sich hierzu Marshall Foch und der englische Oberst Henry Wood, der an der griechischen Front gewesen ist. Die beiden Militär-Sachverständigen erklärten, über das endgültige Ergebnis des türkisch-griechischen Konfliktes könne man vielleicht erst nach einigen Monaten urteilen, da die endgültige Entscheidung überall hinausgeschoben werden könne. Die Absicht der Alliierten sei, in diesem Konflikt neutral zu bleiben. Eine andere Handlungsweise sei nicht möglich, da die beiden kriegführenden Parteien bis zur Stunde einen Vermittlungsvorschlag noch nicht angenommen hätten.

Streitkräfte das Ziel der griechischen Operationen. Sunaris konnte noch nicht sagen, wann die Operationen ungefähr beendet sein werden.

Die Räumung Angoras

Havas meldet aus Angora, daß nach einer Debatte über die militärische Lage die Militärbehörden im Einvernehmen mit der Nationalversammlung beschlossen haben, Angora zu räumen und sich nach Cäzarea zurückzuziehen. Infolgedessen werden die Nationalversammlung und die Verwaltung nach Cäzarea verlegt.

Die spanische Katastrophe in Marokko

CC. Paris, 9. August.

Der diplomatische Redakteur des „Daily Telegraph“ schreibt: In London sind sehr ernste Nachrichten über die Lage der Spanier in Melilla eingetroffen. In den letzten Tagen rückten die Mauren mit solcher Schnelligkeit vor, daß ihre Geschütze bereits die Stadt Melilla zu erreichen vermögen. Die Stadt ist von Flüchtlingen überfüllt. Da kein Platz vorhanden ist, kann die Ausbildung der Verstärkungen nicht vollendet und die Verteidigung der Stadt nicht organisiert werden. Nur ein geschickter Führer und Organisator kann unter diesen Umständen das drohende Unheil abwenden.

Aus Madrid wird gemeldet: In den letzten Tagen sind 50000 Mann nach Marokko abgegangen und die Garnisonen von Ceuta, Tetuan und Larache um 30000 Mann verstärkt worden. Die Angriffe der Rebellen gegen die Truppen Navarros werden heftiger; sie leisten immer noch heldenmütigen Widerstand am Berge Arruit, trotz der großen Verluste, die sie bisher erlitten. Mehrere Angriffe der Mauren wurden abge schlagen. Es gelang Flugzeugen, die Truppen Navarros mit mehreren Säcken Nahrungsmitteln zu versehen.

Zeitungsverbote in der Pfalz. Der Vertrieb der „München-Jugoslawen-Abendzeitung“ ist vom 8. August ab auf die Dauer von drei Tagen in der Pfalz verboten worden. Die „Bayrische Staatszeitung“ ist vom 8. August ab wegen eines Artikels „Der Wirtschaftstod der Pfalz“ verboten worden.

Die Horthysierung Osteuropas

Nach Jugoslawien geht nun Rumänien daran, sich unter dem Vorwand, der kommunistisch-terroristischen Bewegung zu erwehren, die Horthy-Methode anzueignen und gegen die ganze Arbeiterbewegung, sowohl gegen die politische Bewegung der Sozialdemokratie als auch gegen die Gewerkschaften einen Ausrottungskampf einzuleiten. Die Vertrauensleute der Arbeiterchaft werden zu Tausenden in die Gefängnisse geworfen, die Arbeiterabgeordneten ihrer Mandate beraubt, die politischen Freiheiten wie Versammlungsrecht und Pressefreiheit für die Arbeiter abgeschafft. Eine nackte Diktatur, die man, in Ermangelung einer solchen, nicht einmal eine Diktatur der Bourgeoisie nennen könnte, eine Diktatur der Soldateska und der Verwaltung, wird ausgerichtet. Die Staaten, die in einem außenpolitischen Gegensatz zu Horthy-Ungarn stehen und gegen das Reich Horthys und Habsburgs in der Verbannung die demokratische Hilfe so oft anzurufen pflegten, schiden sich an, in allem in Horthys Fußstapfen zu treten. Eine wahre Horthysierung Ost- und Mitteleuropas ist im Anzug. Rumänien, Jugoslawien und in gewissem Sinne auch die Tschechoslowakei rücken in die von Horthy aufgestellte Front der internationalen Reaktion ein, der weiße Terror wird zur Lösung aller Staaten, die als die Schöpfungen des ehemals revolutionären und demokratischen Nationalitätenprinzips in die Geschichte eingetreten sind.

Alle diese Nationalstaaten sind aus dem Verfall und aus dem Zusammenbruch der alten österreichisch-ungarischen Monarchie hervorgegangen. Das alte Reich an der Donau war ein nationaler Kerker für alle seine zum geschichtlichen Selbstbewußtsein erwachten Nationen; und dem von Habsburg vertretenen, in ihm verkörperten konterrevolutionären Prinzip gegenüber vertraten sie alle während des Krieges das Nationalitätenprinzip, daß in Ost- und Mitteleuropa seine revolutionäre Bedeutung noch nicht eingebüßt hatte wie in Westeuropa, wo die Periode der nationalen Revolutionen einige Menschenalter schon zurücklag. Da sie aber ihre nationale Einheit nicht durch den revolutionären Krieg oder Aufstand der Massen, sondern durch die konterrevolutionären Methoden und Ergebnisse des imperialistischen Krieges verwirklicht und durch die Ueberspannung der nationalen Wünsche und Aspirationen sofort verflücht haben; da sie die Verwirklichung des nationalen Gedankens nicht den proletarischen Massen und der nationalrevolutionären Intelligenz, sondern den diplomatischen Kniffen der Lloyd George, Briand und Wilson, den strategischen Erwägungen der großen Generalstäbe der Entente zu verdanken haben, so haben sie das an sich revolutionäre Prinzip schon von Anfang an in einer konterrevolutionären Weise verwirklicht, nicht so sehr die Selbstständigkeit und freie Entwicklung der eigenen Nation begründet, als sich zu Herrschaftsorganisationen entwickelt, deren hauptsächlichste Aufgabe die Knechtung und Unterdrückung anderer Nationen, und vor allem der deutschen Nation sind.

Diese Nationalstaaten: Rumänien, Jugoslawien, die Tschechoslowakei sind ein Werkzeug einer künstlichen Kombination, deren Zweck es ist, die nationale Einheit der deutschen Nation zu hinterreiben, ihre Ohnmacht, die Folge der wirtschaftlichen und physiologischen Ausblutung des deutschen Volkes, zu einer dauernden Einrichtung des Herrschaftssystems von Versailles zu machen, den wirtschaftlichen und nationalen Tiefstand des deutschen Volkes als einen ständigen Bestandteil des imperialistischen Herrschaftssystems, das insolge des Ausganges des Weltkrieges entstanden ist, zu einem ständigen Bestandteil der Weltpolitik zu machen. Der deutsch-französische Krieg von 1870/71 wurde gleichfalls unter der Flagge des nationalen Gedankens ausgefochten. Da aber in der Revolution von 1848 die demokratischen Kräfte nicht den Mut, nicht die Entschlossenheit aufbrachten, die nationale Einheit mit revolutionären Mitteln zu verwirklichen, entstand das neudeutsche Reich als eine Verfälschung des revolutionären nationalen Gedankens und erschien als die Schöpfung der Dynastie der Hohenzollern, der Junker und des Militarismus; und die ganze deutsche Entwicklung, ja die ganze Weltpolitik des letzten halben Jahrhunderts hatte unter dieser Entstehungsgeschichte der deutschen Einheit zu leiden. Etwas Technisches und auch in seinen Folgen Verwandtes bereitet sich heute in den Nationalstaaten vor, und die Einführung der „Institutionen“ des weißen Schreckens in Jugoslawien, in Rumänien und teilweise auch in der Tschechoslowakei ist nur die den gewandelten Zeitumständen und den abgeänderten Machtverhältnissen der Klassen angepaßte Nachahmung des deutschen Sozialistengesetzes von ehemals.

Nicht nur an der Ueberspannung des Nationalgefühls, nicht nur an dem Wahne, sich als herrschende Nation den vielfach an kultureller Reife und wirtschaftlicher Kraft überlegenen Völkern der Deutschen, Magyaren, Slowenen und Kroaten gegenüber aufspielen zu können, krankten die neuen Staaten; sie wollen auch ein straff zentralisiertes und von den herrschenden Klassen der herrschenden Nation geführtes Staatswesen aufrichten; und in diesen ihren Bestrebungen stoßen sie naturgemäß auch vor allem auf den Widerstand des Proletariats. Es ist kein Zufall, daß der Bolschewismus in der Arbeiterschaft dieser Staaten einen so

großen Anklang findet; er ist der Ausdruck der um sich greifenden Unzufriedenheit der werktätigen Massen, ist eine Abkehr von den nationalistischen Gedanken, die den Arbeitenden nichts gebracht, dem Staate aber einen mächtigen militärischen und verwaltungstechnischen Apparat beschert haben, welcher sich naturgemäß vor allem gegen die Arbeiter kehrt. Es ist kein Zufall, daß die Slowakei, daß Siebenbürgen und die neuen Gebiete Jugoslawiens: Mazedonien, Albanien, Bosnien, die Hochburgen und die Ausgangspunkte der bolschewistischen Bewegung waren und es sind.

Niemand wird sich dem Wahne hingeben, daß die Voraussetzungen einer kommunistischen Gesellschaftsordnung in besonderem Maße in den der Genußgesellschaft kaum entwickelten Balkangebieten, in der kulturell und wirtschaftlich gleich rückständigen Slowakei und in Rumänien gegeben sind. Der Bolschewismus ist nur die schärfste Form der Auflehnung gegen die herrschenden Verhältnisse, die sich durch die nationale „Befreiung“ wohl in gar keiner Hinsicht gebessert, aber in manchen Hinsichten eine merkwürdige Verschlechterung erfahren haben. Das Unvermögen, die neu aufgetauchten gewaltigen Staats- und Wirtschaftsprobleme in einer für die Volksmassen annehmbaren Weise zu lösen, läßt die leitenden Staatsmänner der neuen Staaten auf den Ausweg der Gewalt verfallen. Denn wie nach Heine der erste Gedanke der Eva, nachdem sie von dem Baume der Erkenntnis gegessen hatte, also nach ihrem Erwachen zum denkenden Selbstbewußtsein, das Felgenblatt, das heißt ein neues Kleid war, so ist der erste Gedanke eines Rauteniers von einem Minister oder Politiker bei neu auftauchenden Schwierigkeiten immer eben der Belagerungszustand, der Appell an die militärische Gewalt und das Unnahmegesetz.

Das furchtbare tut dann das ansteckende Beispiel Horthy-Ungarns, wo eine übermächtige Militärdiktatur mit allen „aufrührerischen“ Bewegungen fertig geworden ist, wo der Kerker, der Galgen, die Abschaffung aller öffentlichen Freiheiten die Möglichkeit einer „bequemen“ Regierung und die Errichtung einer nach außen hin stark erscheinenden Staatsmacht erleichtert hat, und das naturgemäß eine große Anziehungskraft auf alle Gewaltpolitiker ausübt. So streifen nun die neuen Nationalstaaten die letzten Reste einer demokratischen und freiheitlichen Entwicklung ab, stützen sich mit der vollen Wucht ihres noch ungeschwächten Militarismus auf das Proletariat und bedienen sich der bolschewistischen Legende, um eine Militärdiktatur aufzurichten, die weder durch eine reale, auf Organisation oder demokratische Schulung der Arbeiterklasse gestützte Macht, noch aber durch eine irgendwie selbstbewußte demokratische öffentliche Meinung außerhalb des Proletariats begrenzt oder kontrolliert wird. Während der große Gendarm der Welt, nämlich Frankreich, bei seiner äußeren und inneren Unterdrückungspolitik noch irgendwie die äußeren Formen zu wahren sucht, legen sich die kleinen Gendarmen der Entene im Orient gar keine Rücksichten auf, und indem sie in ihrer offiziellen Propaganda in Westeuropa Horthy bekämpfen, treffen sie alle Anstalten zur Horthyisierung ihrer eigenen Länder. Sie wollen vielleicht Horthy in Ungarn kürzen, um seine Galgen, seine Kerker, seine Ausnahmegeetze um so ungenierter im eigenen Lande einführen zu können. Die Reaktion, die ihren Sitz bisher im Westen hatte, schiebt ihre Posten nach dem Osten vor, viellecht um zu einem entscheidenden Schlage gegen Sowjetrußland auszuholen und so die ganze Welt der unumschränkten Herrschaft des aus dem Weltkrieg siegreich hervorgegangenen Weltkapitals zu unterwerfen.

Geflügel verteilt Orden

In der Nummer 41 des Heeres-Berichtungsblattes vom 15. 8. 1921 wird bekanntgegeben, daß ein Erinnerungszeichen für die Angehörigen der ausgedienten Kampfwagen-Berbande geschaffen sei, um die Erinnerung an die Taten im deutschen Volke wach zu halten.

Zur Erlangung dieses Abzeichens sollen sich die ehemaligen Angehörigen der Kampfwagen-Berbande an das Reichswehr-Ministerium wenden, das die Anträge an Hand der Akten, Kriegstagebücher, Kriegsranglisten und Kriegsdienstrollen prüfen wird.

Kriegsgefangene in Deutschland

Von H. Schlieker

So viel und so treffliches in den letzten Tagen gegen den Krieg auch geschrieben wurde, so sind doch die Leiden der Kriegsgefangenen in deutschen Gefangenenlagern wenig berührt. Und doch darf auch dieses Kapitel der unglücklichen Leidensjahre nicht vergessen werden.

Im Spätherbst 1915 kam vom Internationalen Roten Kreuz in Bern ein Herr von Glardon in das Gefangenenlager Minden II und verhandelte mit den Vertretern der russischen Kriegsgefangenen über Lebensgabenleistungen aller Art, besonders für die Unbemittelten, und sagte zum Schluß etwa folgendes: „Ich schicke Ihnen außerdem Brot; für jeden Gefangenen ohne Unterschied zwei Kilogramm. Das soll ein Gruß aus der Heimat sein.“

Wohl haben die Gefangenen das Brot erhalten, dafür wurde ihnen aber die offizielle Brotration gekürzt, d. h. in Wirklichkeit wurde ihnen das Brot gestohlen. Selbstverständlich wurde eine Benachrichtigung des Herrn von Glardon verboten. Die zweite Brotstörung kam. Wieder dasselbe Verfahren. Daraufhin weigern sich die Russen, am anderen Morgen zur Arbeit zu gehen. „Nix Brot, nix rabotta!“ Mit Säbelhieben werden die Gefangenen zur Arbeit gezwungen. Der Herr Kommandant (Oberst Rütten) erscheint. Die russischen Feldwebel erwarten ihn am Blockeingang, um sich zu beschweren. Erfolg: Arrest für — die Beschwerdeführer.

Einer der Arbeitsverweigerer ist erheblich verletzt und wird im Lazarett von dem russischen Arzt Dr. Blumstein verbunden, der kurze Zeit darauf ohne Erlaubnis über Holland nach Petersburg abreist und der dortigen Gesundheitskommission Bericht über diesen Vorfall erstattet. Durch die amerikanische Botschaft erhält das Kriegsministerium amtlich Kenntnis von dem Bericht, welches seinerseits die Lagerkommandantur um Klärung ersucht. Der berichtende Feldwebel zeigt mir den Bericht des Dr. Bl. und meint: „Das ist doch eine Gemeinheit von — dem Doktor!“ Danach fiel natürlich auch die Antwort aus.

Wehe den Gefangenen, die einem raffinierten Soldatenschinder in die Hände fielen! Mit Paragrafen ist diesen Gesellen nicht beizukommen, aber sie können Menschen zur Verzweiflung treiben. Ein typischer Vertreter dieser Spezies war der Generalmajor Wolf in Minden. Der malträtierte sogar die deutschen Mannschaften in einer Art, daß selbst preussische Hauptleute „ihre“ Mannschaften gegen diesen Schinder schützen mußten. Und der war Kommandeur eines Gefangenenlagers!

Im Jahre 1916 wurde zwischen den feindlichen Regierungen ein Vertrag abgeschlossen, wonach Unteroffiziere nicht zu körperlicher Arbeit gezwungen werden durften. Dieser Vertrag wurde treu-

Es wird Aufgabe des Reichstages sein, sich nach seinem Zusammentritt im September mit dieser Verfügung zu befassen und dem Reichswehr-Ministerium diese Ordens-Spielerei zu verbieten. Es wird auch genau zu prüfen sein, in welchem Zusammenhang das Reichswehr-Ministerium mit den Stellen steht, die die Akten „Kriegsranglisten“ und „Kriegsdienstrollen“ des alten Heeres aufbewahren. Sind etwa im Reichswehr-Ministerium die Unterlagen vorhanden, die zu einer neuen Mobilisierung notwendig sind? Die Kriegsranglisten und Kriegsdienstrollen müßten lediglich bei den Versorgungsämtern vorhanden sein, um die Ansprüche der Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen zu prüfen.

Deutschnationaler Burgfrieden

Die Deutsche Volkspartei hat soeben zur Abwehr der demagogischen und verhetzenden Agitation der Deutschnationalen einen Kampfbroschüre gegen ihre Schwesterpartei mit dem Titel „Nationale Abwehr deutschnationaler Angriffe“ veröffentlicht. Dieser Vorstoß der Deutschen Volkspartei veranlaßt die Deutschnationalen nicht etwa zu einer Abwehr der gegen sie erhobenen Angriffe, vielmehr bläst der Vorsitzende der Deutschnationalen Volkspartei, Dr. Hergt, Schleunigt zum Rückzuge, indem er eine parteioffizielle Erklärung veröffentlicht, in der es u. a. heißt:

„Ich halte einen Kampf zwischen den beiden Parteien der Rechten, zumal unter den gegenwärtigen politischen Verhältnissen, für verwerflich und unerwünscht. Diese meine Auffassung habe ich auch gelegentlich eines Meinungsaustausches über die zwischen beiden Parteien vorgelommenen Auseinandersetzungen in einem Brief vom 5. Juli 1921 an Herrn Dr. Strozemann zum Ausdruck gebracht und am Schluß meines Schreibens gesagt:

„Indem ich versichere, daß ich es mit Dank begrüßen werde, wenn in den beiderseitigen amtlichen Parteiorganen überhaupt kein Raum für Auseinandersetzungen zwischen den beiden Bänderparteien gegeben zu werden brauche, darf ich mich nach Ihrem letzten Schreiben wohl der Hoffnung hingeben, daß Sie Ihren Einfluß auch in dem erwähnten Sinne geltend machen werden.“

An diesem Grundsatz soll unsererseits auch, trotz der neuen Kampfschrift der D. V. P. festgehalten werden. Eine Entgegnung auf die darin enthaltenen Vorwürfe wird also nicht erfolgen.

Zum Schluß erklärt Dr. Hergt, daß die Deutschnationalen Volkspartei bis zum letzten Augenblick Burgfrieden zu halten gewillt sei und deshalb auf jede Auseinandersetzung mit der Deutschen Volkspartei verzichte.

Man wird diesen Rückzug des deutschnationalen Parteivorstandes nicht nur als ein Eingeständnis der eigenen Schwäche gegenüber den erhobenen Anklagen, sondern auch als wohlbedachten taktischen Schachzug wüßigen müssen, der den Zweck hat, eine gemeinsame Front der beiden Reichtsparteien herzustellen. Ohnehin kann ein Unterschied zwischen der Partei Strozemanns und den Deutschnationalen nur noch unter der Lupe festgestellt werden. Die jetzigen Annäherungsbestrebungen seitens der Deutschnationalen Volkspartei werden die Geschlossenheit des reaktionären Blochs auf der Rechten noch mehr festigen.

Im Namen des Königs

Ein mit Fleiß beabsichtigtes Versehen

Die preussischen Richter versuchen die wilhelminischen Zustände mit Fäusten und Rägeln zu verteidigen. Der von ihnen vertretene Angewandte muß natürlich auch nach außen hin die entsprechende Form haben. So kommt es, daß viele Gerichte ihre Urteile noch heute „Im Namen des Königs“ verhängen, statt, wie es die Verfassung vorschreibt, „Im Namen des Volkes“. Natürlich fehlen dabei auch die Potsdamer Richter nicht. Von ihnen sind noch in allerletzter Zeit Urteile „Im Namen des Königs“ ergangen. Das preussische Justizministerium erläßt dazu nunmehr folgende Erklärung:

„Ob in letzter Zeit bei dem Amtsgericht in Potsdam Urteilsausfertigungen mit der Ueberschrift „Im Namen des Königs“ hinausgegangen sind, hat durch die inzwischen stattgehabten Ermittlungen nicht festgestellt werden können, da bisher von keiner Seite eine solche Urteilsausfertigung vorgelegt worden ist. — Das in der Presse besprochene Urteil der Abteilung IV. des

Amtsgerichts in Potsdam vom 9. Juni d. Js., das den Verbandsvorsitzenden des Referendars Wittig trägt, weist in der Urteilsurkunde den Kopf „Im Namen des Volkes“ auf. Sollte eine Ausfertigung dieses Urteils mit der falschen Ueberschrift „Im Namen des Königs“ hinausgegangen sein, so würde das lediglich auf ein Versehen der Kanzlei zurückzuführen sein. Die in Betracht kommenden Beamten sind darauf hingewiesen worden, bei der Ausfertigung von Urteilen mit größter Sorgfalt zu verfahren.“

Die Gerichte besitzen noch eine Menge alter Urteilsformulare mit der ominösen Aufschrift. Diese Formulare sollen zuerst verbraucht werden, bevor Neudrucke gemacht werden. Eine Verfügung des Justizministers vom 20. Juli 1920 ordnete jedoch an, daß die Vordrucke sofort hand-schriftlich zu ändern sind. Das ist — nach einem vollen Jahre — immer noch nicht geschehen und so können sich die Paragrafenhelden immer noch darauf stützen, daß ein altes Formular aus „Versehen“ verwendet worden sei. Dieses „Versehen“ wird sich so oft wiederholen, bis den Richtern, die immer noch auf ihren Wilhelm schwören, endlich klar gemacht wird, daß sie nur aus einem bloßen Versehen auf ihrem Posten geblieben sind und nun aber schleunigst den Abschied zu nehmen haben. Wenn sie durchaus einem Monarchen dienen wollen, sollen diese Herren nach Doorn gehen und dort „Im Namen des Königs K o h l b a u e n.“

Gebrüder Münchhausen

Die Kommunisten Ernst Friesland und Paul Neumann veröffentlichen in der „Roten Fahne“ einen gemeinsamen Artikel über die Lage der Arbeiter in Sowjetrußland. Sie haben beide — ohne Bärenfüße, wie sie behaupten — das Werk K o l o m n a beiseite gelassen und wollen dabei die Feststellung gemacht haben, daß der vielbesprochene Artikel des Genossen D i t t m a n n glatter Schwindel gewesen sei. Dittmann hat K o l o m n a im Jahre 1920 besucht. Friesland und Neumann waren ein Jahr später dort. Daß innerhalb eines Jahres manches besser werden kann, soll nicht bestritten werden. Selbst die Kommunisten haben sich während dieser Zeit gewandelt, warum also nicht auch die Verhältnisse in K o l o m n a? Neumann und Friesland ziehen das wohl-erklärlich nicht in Betracht. Mit dem gleichen Rechte wie sie könnte auch ein Allduischer aufstehen und im Walleblatt behaupten: Der deutsche Ueberfall auf Belgien im Jahre 1914 sei ein glatter Schwindel. Er habe soeben Belgien bereist und dort weder einen Soldaten gesehen noch einen Kanonenschuß gehört.

Ist die Reichswehr immun?

Die „Kreuzzeitung“ entrüstet sich über die „ungeheuerliche Beschimpfung“ des Heeres, die in unseren geistigen Auslassungen zu dem Zusammenstoß zwischen Reichswehrganzlichen und Zivilisten enthalten sein soll. Nun ist in den betreffenden Zeilen auch nicht ein Wort enthalten, das als ungeheuerliche Beschimpfung bezeichnet werden könnte. Es ist sachlich so viel gegen gewisse Auswüchse in der Reichswehr zu sagen, daß sich das Schimpfen erübrigt, das übrigens auch nicht unsere Sache ist. Daß die „Kreuzzeitung“ aber schon in der sachlichen Kritik eine ungeheuerliche Beschimpfung sieht, ist für uns der beste Beweis, daß wir ins Schwarze getroffen haben, und daß der „Kreuzzeitung“ die Sprache fehlt, sachlich zu erwidern.

Das sonst sehr ernste und gemessene, mit Tradition geradezu überladene Organ kommt aber der Bächerlichkeit bedenklich nahe, wenn es schreibt:

Herr Ebert, der Reichspräsident, Herr Bauer, der Vizekanzler, Herr Dr. Gradnauer, der Reichsinnenminister, sind Sozialdemokraten. Willigen sie das schmachvolle Verhalten ihrer Presse gegen das Reichsheer? Wenn der Reichspräsident und die Reichsminister diese ungeheuerliche Beschimpfung des Heeres durch ihre Presse stillschweigend gutheißen, dann wissen wir nicht, wie die Herren künftig hin den Offizieren und Mannschaften unter die Augen treten wollen.

Ebert, Bauer und Gradnauer haben nunmehr sofort der sozialdemokratischen Presse eine derartige Schreibweise zu verbieten, widrigenfalls die Offiziere und Mannschaften der Reichswehr jeden Respekt vor ihnen verlieren. Vorausgesetzt allerdings, wenn sie den jemals befehlen haben.

deutsch gehalten. In dem berüchtigten VII. Armeekorps wurden die Unteroffiziere, soweit sie in den einzelnen Lagern keine dringenden Funktionen oder einflußreiche Beschäftigungen hatten, gelampt und in einem Lager zusammengeführt. Hier sahen sie zu Tausenden, von aller Welt vollständig abgeschnitten. Der Herr General hält ihnen hoch zu Ross eine Rede: „Melde euch freiwillig zur Arbeit, so kommt ihr heraus.“

Monatelang sahen hier die gefangenen Unteroffiziere, deren Los doch durch den Vertrag erleichtert werden sollte. Eine im Quadrat von zirka 100 Meter Seitenlänge errichtete, mit nur einem Eingang versehenen Baracke ist ihr Aufenthalt. Niemand kommt in diesen Block hinein und niemand heraus. Eine Bitte, sich Kartenspiele und Wälle kaufen zu können, wird abgelehnt. Unertüchlichkeiten, Stumpfsinn! Immer dieselben Gesichter. Kein Baum, kein Strauch; nur der Blockhof und darüber die Wolken. Monatelang! Sechzehn Mann entschlüpfen eines Nachts durch einen unterirdischen Gang. Eine ganze Kompagnie und besonders auf Gefangene dressierte Hunde werden aufgeboden, und die Fühlhühner sind bald wieder eingefangen. Arrest! Verschärfte Bewachung! Monatelang.

Da naht Erlösung durch eine Internationale Rote-Kreuz-Kommission, der die Gefangenen ihr Leid klagen. Die Kommission kann sich nur mit Franzosen, Belgiern und Engländern verständigen. Sie ist sehr unbedarft. Aber noch ehe das Lager von der Kommission verlassen ist, wird von dem zur Ueberwindung der Kommission befohlenen Dolmetscher ein — Gegner überlegt angefertigt: die Beschwerdeführer sind Querulanten und widerpenstige Elemente.

Die Rote-Kreuz-Kommission hat aber ihren Bericht weitergegeben und nun ist eine russische Kommission im Anzuge. Vom Kriegsministerium kommt der Befehl: sämtliche Unteroffiziere sind abzutransportieren nach Zweiglager im Moor und in der Lüneburger Heide. Das sind sogenannte Exerzierlager. Der Transport dorthin ist nicht zu beschreiben. In diesen Exerzierlagern werden die Gefangenen „geschliffen“, bis sie sich „freiwillig“ zur Arbeit melden. Kommissionen kommen nicht in die Zwiglager, sondern nur in die Stammlager. Der Befehl lautet weiter: Alle Gefangenen, welche im Osten an den Befestigungsarbeiten oder im Westen in der Etappe beschäftigt waren, die bei industrieller Arbeit zu Unfall gekommen sind, sowie alle Gefangenen, welche nicht ohne Öhrenzeugen mit Vertretern des Roten Kreuzes sprechen dürfen, sind sofort in das Lager D. (Dülmen) zu überführen. Warum? Lager D. war Seuchenlager, in das niemand hineindurfte. Erfolg: Als die gemeldete Kommission kam, gab es keine Beschwerden mehr.

Aber das Furchtbarste an Gefangenenelend sah ich im Sommer 1917. Da rollten vom Westen sogenannte Leichtkrankenlager nach dem inneren Deutschlands mit kriegsreifen Russen, die an der

Front völlerrechtswidrig, z. T. in der Feuerlinie, an der Hindenburglinie und an der Siegfriedstellung gearbeitet hatten. Diese Gefangenen waren wie gestohlene Tiere; körperlich und seelisch völlig gebrochen. Sie wurden in Müßelwagen hineingelegt, so weit sie nicht mehr sitzen können. Keiner von ihnen ist verwundet oder wirklich krank. Nur erschöpft durch Arbeit und Hunger, total erschöpft. Langsam fahren die Müßelwagen zum Gefangenenlager. Unterwegs sterben bei uns einige Gefangene; die übrigen sitzen und liegen um die Toten herum, völlig teilnahmslos vor Erschöpfung. Am Ziel werden sie von den Sanitätern aus dem Wagen gehoben wie kleine Kinder — ach, sie sind so leicht — und vorläufig auf den Käfen gelegt. Niemals vorher habe ich g. w. w. wie weit ein Mensch erschöpft werden kann, beobachtet. Damals habe ich's gesehen. Und nun beginnt das Sterben; nein, das ist kein Sterben, sondern nur die weitere Auflösung des Organismus. Jeden Tag zwei, vier, sechs usw. Vertikale Diagnose: Vollständige Erschöpfung. Nicht einmal ihren Namen konnten einzelne der Unglücklichen noch aussprechen vor Erschöpfung; sie waren schon tot, obwohl der Körper noch lebte. Sie wurden begraben, und niemand wußte, wer sie waren. Die Tischler mußten fleißig arbeiten! Geht hin und seht euch die Gefangenenfriedhöfe an! Wenn die Kreuze und Doppelkreuze reden könnten! Da liegen Menschen, die Jahr und Tag in Gefangenschaft lebten und deren Angehörige deshalb die größte Hoffnung auf ein Wiedersehen hatten. Gestorben — verdorren — buchstäblich zu Tode gefangen.

Gewiß, die in Gefangenschaft geratenen Deutschen klagen über ererbte Leiden; unbestreitbar mit tausendfach im Recht. Denn aber auch an die armen Menschen, die in deutsche Gefangenschaft geraten sind! Nur einiges von ihren Leiden erzähle ich. Zunächst in der Massenzirkung war das alles. Und die mir in der Erinnerung gebliebenen tausend Einzelheiten lassen mich schon an der Gefangenen willen einstimmen in den Ruf: Nie wieder Krieg!

Der „Berliner Volkschor“ verleiht seinen 17. Jahresbericht. Wir finden darin einige Sätze, die auch unsere Leser interessieren werden:

„Lange Jahre haben die Bestrebungen des Berliner Volks-Chors vorwiegend um Anreicherung innerhalb der Arbeiterbewegung und des Arbeiter-Sänger-Bundes gerungen. Erst allmählich zeigte sich der künstlerische Grundgedanke durch, dem unser Chor sein Bestehen verdankt. Heute kann mit Genugtuung festgestellt werden, daß die Ziele, denen unser Volks-Chor nachstrebt, von einer großen Zahl der im Arbeiter-Sänger-Bund zusammengeschlossenen Chöre als richtig empfunden werden. Der gemischte Chor gelang beginnt sich in der Arbeiterbewegung durchzusetzen. Allenfalls entstehen Volks-Chöre. Die Wiedergabe der Meisterwerke unserer klassischen und neuzeitlichen Chorliteratur und das

Die kaiserlich grüne Wehrmacht

Lafachenbericht eines Polizeioffiziers

In der „Leipziger Volkszeitung“ schreibt ein höherer Polizeioffizier:

Die Monarchisierung der deutschen Schuttpolizeikörper macht jetzt rasende Fortschritte. Die Ernennung des Obersten Friedrich zum Chef der preussischen Schuttpolizei beleuchtet blühartig die Lage.

Der die Verhältnisse in der deutschen Schuttpolizei kennt, ist nicht erstaunt über diese Entwicklung. Es scheint aber nachgerade notwendig, daß sich die breite Masse der republikanischen Bevölkerung, vor allen Dingen aber ihre Führer, um diese Dinge ganz energisch kümmern.

In Sachsen ist vor kurzem der Versuch gemacht worden, an die Unterbeamenschaft monarchistische Geschichtsbücher im kleinsten Maß zu verteilen. Der Versuch, für den der Polizeioberst Reichardt verantwortlich zeichnet, ist dank tatkräftigen Handelns der Regierung und der Unterbeamenschaft zu Fall gebracht.

In Bayern ist die Schuttpolizei völlig in der Hand der Monarchisten. Der Name Poehner sagt alles. Wie weit der Einfluß des Lubendorff-Adlatus, Oberst Bauer, reicht, sei dahingestellt. Die bayerische Schuttpolizei ist reaktionär nach jeder Richtung hin.

In Mecklenburg kommandiert noch der Republikaner Lange. Wie lange noch? Seit Jahr und Tag ist eine unerhörte Wählerarbeit der Monarchisten gegen diesen untadelhaften und kennnisreichen Offizier im Gange. Die Wählerarbeit wird währen, solange Lange auf diesem Posten steht.

In Thüringen ist es einer beispiellosen, schamlosen und völlig strapazierten politischen Intrigue gelungen, Major Müller-Brandenburg zu Fall zu bringen, obwohl ihm, wie jetzt offen im Landtag zugestanden worden ist, weder als Mensch noch als Polizeioffizier etwas nachgesagt werden kann.

Und nun Preußen! Seit Severings Abgang wird die preussische Schuttpolizei mit Hochdruck monarchisiert und militarisiert. Das dreiblättrige Gardetteblatt Oberst Graf Boninski, Oberst von Kläuser und Oberst Friedrich haben das Szepter in den Händen. Abegg, der republikanische Polizeichef, wird beiseite geschoben und Friedrich, Mitglied des Gardetteblattes, tritt an seine Stelle.

Die Befestigung Müller-Brandenburgs und Abeggs einerseits, die Berufung Friedrichs andererseits spricht Bände. Wer jetzt noch nicht merkt, was los ist, dem ist nicht zu helfen.

Nach dem Kapp-Putsch schien es so, als ob die Regierung aus den Vorgängen etwas gelernt hätte. Die Polizei hatte sich genau so wie die Reichswehr als ein von der Republik bejodetes Instrument zur Befestigung der Republik erwiesen. In Berlin hat die grüne Polizei schon vor dem Putsch ganz offen mit Kapp konspiriert. Ihre politische Abteilung sorgte dafür, daß Oberst Bauer und Hauptmann Pabst nicht verhaftet wurden. Als dann Kapp mit seiner Hunnenchar in Berlin einzog, stellte sich die grüne Polizei auf Befehl der Offiziere sofort auf die Seite der Rebellen. Die Offiziere schidten schon vorher Abordnungen nach Döberitz und gaben ihre Ergebenheit kund. Als der Kapp-Putsch niedergeschlagen war, wurde dann ganz allgemein eine Säuberung der Sicherheitspolizei von unzuverlässigen Elementen gefordert. Die Regierung gab bindende Zusagen. Sie wurden dergestalt erfüllt, daß die unteren Beamten, die den eiddrühigen Offizieren den Gehorsam verweigert hatten, hinausbugliert oder suspendiert wurden. Die reaktionären Offiziere blieben auf ihren Posten.

Severing hat dann versucht, einen kleinen Wandel herbeizuführen. Es gelang ihm jedoch nicht, gegen die Hydra des kaiserlichen Offizierskorps anzukämpfen. Immerhin verlangt die Gerechtigkeit, zu sagen, daß Severing von den kaiserlichen Offizieren der Sicherheitspolizei gehaßt wurde und daß sich diese Herren in ihrer antirepublikanischen Agitation etwas gehemmt fühlten. Dominicus machte dann wieder die Bahn frei. Durch Erlasse und Verordnungen schränkte er die verfassungsmäßigen Rechte der unteren Beamten ein und verlieh den Offizieren wieder ihre allmächtige Stellung.

monatelange Einstudieren von diesen bringt jedem einzelnen Sänger, jeder Sängerin zum Bewußtsein, daß der Geist eines Kunstwerkes auf den Sänger viel mehr als auf den Hörer übergeht. Wie der Schauspieler, der eine Rolle verkörpern soll, genötigt ist, sich weit mehr als etwa der Zuschauer in das Werk und dessen Schöpfer zu vertiefen, wenn er den Gehalt des Kunstwerkes richtig erschöpfen will, so auch der Sänger, sei er nun Solist oder Chorist. Das ausdrucksvolle Singen erfordert ein Nachfühlen, ein Siderenten in das Empfindungsleben unserer größten Geister, denen ein gültiges Geschick zu sagen gab, was sie leiden. Fast könnte man sagen, daß Schöpfer und Darsteller sich geistig vermählen. Und wer wollte nicht eine so edle Verbindung mit den Größten unseres Volkes eingehen! — Aus dieser Erkenntnis, die immer weitere Kreise erfährt, ist die Entwicklung der Volks-Chor-Bewegung zu erklären. Sowohl in Berlin als auch auswärts, innerhalb und außerhalb des Arbeiter-Sängerbundes, läßt sich die Neigung zur Bildung von gemischten Chören verfolgen.

Nachdem dann die zahlreichen äußeren Schwierigkeiten erwähnt sind, mit denen der „Volks-Chor“ zu kämpfen hat (Verteuerung des mitwirkenden Orchesters, der Säle und Druckkosten, Gleichgültigkeit der „großen“ Presse usw.), wird ein Rückblick auf das vergangene und ein Ausblick auf das kommende Jahr gegeben:

Im abgelaufenen Vereinsjahr veranstaltete der Chor einen Richard-Strauß-Abend, für den das Philharmonische Orchester auf 100 Künstler verstärkt werden mußte; der Chor sang „Waldes Sturmlieb“ und den „Lal-leier“. Im Frühjahr sollte dann Haydns einjüngige „Jahreszeiten“. Ein drittes Mal sang der Chor in zwei Weihnachtskonzerten. Ferner fand ein Peter-Cornelius-Abend statt. Für das kommende Jahr plant der Chor Wiederholungen von Beethovens „Fausts Verdammung“, sowie mehrere Aufführungen von Handels seltem gehörtem „Jephtha“ und Sachs „Matthäus-Passion“. Von Solistkonzerten soll ein Weber-Abend und ein Beethoven-Abend stattfinden, in beiden wird der a capella-Chor mitwirken.

Der Berliner Volks-Chor wird auch im künftigen Jahr seinem ursprünglichen hohen Ziel folgen. Er ruft in erster Reihe seine singenden und zuhörenden Mitglieder auf, ihm in diesem Jahre weiterhin treu zu folgen, aber er bittet auch die gesamte Öffentlichkeit durch Beachtung und Förderung um Unterstützung seiner künstlerischen Bestrebungen.

Wie entsteht die Seide? Wie entsteht eine seidene Bluse, ein seidener Schlips? Der Schlips hat das Opfer von wenigstens tausend Seidenwürmern und die Bluse das von 20 000 erfordert. Der arme Seidenwurm ist ein Sklave der Mode geworden, der dieser strengen Götin zu Millionen hingepfercht wird. Früher war die Seidenfabrikation nur in den Ländern üblich, wo der Seidenwurm von Natur vorkam. In China besteht sie seit über 4000 Jahren, hat sich von dort nach Indien und Japan verbreitet und kam dann später auch nach Frankreich und Südeuropa. Bei der Zucht der Seidenraupe muß die größte Sorgfalt auf die Auswahl der Tiere verwendet werden. Krankheiten verbreiten

Heute sind die disziplinarischen Verhältnisse in der Sicherheitspolizei dieselben wie in der Reichswehr, und in der Reichswehr dieselben wie in der alten kaiserlichen Armee. Die Sicherheitspolizei ist Reichswehr Nr. 2. Die maßgebenden Führer denken nicht daran, aus dieser Truppe ein wirkliches Schuttpolizeinstrument zu machen. Militärischer Drill ist oberstes Gebot der Erziehung. Die Mannschaften werden in der modernen Kampfstärke ausgebildet, es werden Schieß- und Feldübungen abgehalten, kurz, alles zeugt dafür, daß die Schuttpolizei in erster Linie militärisch-kriegerische Aufgaben verfolgt.

Die Sicherheitspolizei entsprang dem Kopf des preussischen Generalstabes. Diese Generalstabsidee wird immer mehr reale Wirklichkeit. Die Arbeiter dürfen diese Zeichen nicht vergessen. Es sind Zeichen der Zeit, Zeichen der immer mehr erstarkenden Reaktion, die alle Mittel anwendet, um wieder zur Herrschaft zu gelangen.

Die Zerstörung der Waffen

Auf Grund des Ultimatus und der Entwaffnungsnoten sind, wie die P. P. A. melden, bis zum 6. August folgende Bestände an Waffen, Munition und Kriegsgüter zerstört worden:

458 Geschütze, 395 Geschützrohre, 845 Paletten, 2 388 263 Stück Artilleriemunition und Minen, 1 095 953 Stück Mörser für Artilleriemunition, 3 141 977 Kl. Pulver, 1198 Minen- und Granatwerfer, 80 Signalwerfer, 9296 Maschinengewehre, 370 712 Gewehre, Karabiner, Langgewehre, 19 312 Revolver und Pistolen, 227 566 blanke Waffen, 2 078 489 Gewehr-, Wurf- und Handgranaten, 2 091 241 Bänder für Handgranaten, 37 499 117 Stück Handwaffenmunition, 370 290 Kartuschen aller Art, 349 530 Sprengladungen und Sprengpatronen, 14 826 Wagen aller Art, darunter 418 Proben, 60 Maschinengewehrwagen, 751 Feldküchen.

Weiter sind zerstört worden groß: Mengen an sonstigem Kriegsgüter, die Waffenzubehör und Ersatzteile optischem Gerät, Nachrichtengerät, Brückengerät, Gaschuttpolizeigerät, Werkzeuge aller Art, Feld- und Fördereisenbahngerät, Geschütze und Staffagen, Wagenzubehörtelle, Textilien, Feldküchengerät, Schiffszubehörtelle; desgleichen 70 Feldbäcköfen, 2 Motorräder, 140 Kraftwagen, 18 Kraftwagenanhänger, 220 Fahrräder, 5000 Armeesättel, 1000 Vordächel, 800 Stielgeschütze, 5 Millionen Flakpatronen.

Soweit die Meldung. Nun fragt sich nur, woher die Waffen kommen, mit denen sich der oberste Schicht „Selbstschutz“ ausrüsten konnte und aus welchen Beständen die Waffen entnommen werden, die noch immer in Verstecken gefunden werden. Gewiß hat die Entwaffnungsaktion Fortschritte gemacht, aber ebenso gewiß verfügt die Reaktion immer noch über gewisse Bestände, die ihr nur schwer zu entziehen sind und die sie, dank ihrer guten Beziehungen zu den Stellen, die über Waffen verfügen, immer wieder neu zu ersetzen vermag.

Gegen die Kriegsverbrecher

Im Anschluß an die Kie-wieder-Krieg-Demonstration anlässlich der siebenten Wiederkehr des Tages des Kriegsausbruches, hat der der Internationale der Soldaten angeschlossene Friedensbund der Kriegsteilnehmer auf Anregung von neutraler Seite hin und gemäß eines bereits im Oktober 1919 gefaßten Beschlusses bei den Führern der internationalen Kriegsteilnehmer aller Länder beantragt, schleunigst eine Konferenz einzuberufen, die die Feststellung aller, wo und unter welcher Fahne immer begangenen und gebildeten Kriegsverbrechen einleiten soll. Die bisherigen Einzelveröffentlichungen in den verschiedenen Ländern haben bewiesen, daß diese nur den nationalen Reaktionen dienen, die die Kriegsverbrechen der andern stets als schützenden Mantel für die Untaten ihrer eigenen Militärs benutzen. Die jetzt eingeleitete Aktion soll die Sammlung und internationale Veröffentlichung aller feststellbaren militärischen Uebergriffe und die Ueberweisung des gesamten Materials an eine neutrale Schlichtungsstelle anstreben, um so zur erbarmungslosen Enthüllung des Geschehens des Krieges beizutragen und für die kommenden Generationen aller Völker ein Warnungszeichen aufzurichten.

sich unter den Seidenwürmern sehr rasch, und deshalb beziehen heute die meisten europäischen Züchter ihre Eier aus China und Japan, wodurch sie die beste Gewähr für eine gesunde Aufzucht erhalten. Die Eier sind gelb und ähneln Nibensamen. Sie werden in Brutkästen gebracht, die eine bestimmte Wärme haben, und nach Ablauf von 30 Tagen kriechen die Seidenwürmer aus. Ein Seidenwurm streift viermal seine Haut ab und ist schließlich etwa 3/4 Zoll lang. Er ist weiß mit braunen Flecken, und seine Beine haben die Farbe der Seide, die er spinnen wird. Nach der vierten Häutung klettert der Wurm auf einen Zweig und lapset sich hier selbst in ein Kokon ein. Drei Tage lang dauert diese Arbeit, und dann ist das Werk vollendet, eine Hülle von 1 1/2 Zoll Länge und 3/4 Zoll Durchmesser. Der Kokon besteht aus einem zusammenhängenden doppelten Seidenfaden von etwa 3500 Meter Länge, und das Material zu seiner Arbeit erhält das Tier aus zwei Drüsen unterhalb seines Mundes. Kokons, die von den weiblichen Tieren erzeugt werden, haben eine eiförmige Gestalt, während die Kokons der männlichen Tiere kugelförmig sind. Zu Zuchtzwecken werden die besten Kokons ausgewählt und in einen warmen Raum gelegt. Nach zwei Wochen bedeckt die schmutzige weiße Kotte, die sich in dem Kokon entwickelt hat, das eine Ende des Kokons mit ihrem Spindel, drängt die Seidenfäden beiseite und kriecht aus. Die Motten beginnen augenblicklich das Paarungsgeschäft, und jedes Weibchen legt etwa 400 Eier, worauf es stirbt. Die Eier werden von dem Züchter gesammelt, sorgfältig daraufhin untersucht, ob sie Zeichen von Krankheiten aufweisen, und dann zu weiteren Zuchtzwecken verwendet. Die Kokons, die nicht zur Zucht dienen, werden zunächst Dampf ausgeht, um alles Leben darin zu töten und dann in heißes Wasser gebracht. Auf diese Weise lösen sich die Seidenfäden, so daß sie aufgewickelt und zur Fabrikation verwendet werden können.

Die neueste Nummer der „Freien Welt“, die der „Freiheit“ morgen, Donnerstag früh, beiliegen wird, enthält folgende Beiträge: Emma Döll: Am Mutterherzen, Erzählung. — Hellmuth Falkensfeld: Rom. — G. Engelbert Graf: Stammt der Mensch vom Affen ab? — Otto Hensel: Radwandern! — Th. Zell: Die Rattenplage in Berlin. — Mutter und Kind.

Tages-Notizen

Die Schöneberger Volkshäuser eröffnen am 16. August ihre Spielhallen. Veranstaltungen werden in Mitteln gehalten, sowie in der Hauptstadt die Berlin-Schöneberger, Grunewald, 89. u. 1. Tr., untergenommen. Die nächste Volkshäuser sind u. a. in Westlich: Grotte, Faust 1, und 2. Teil; Schiller, Die Räuber; Jahn, Nora und Kommerzienrat; Halbe, Juchan; Schiller, Der Weibsdienst.

Gewinnend, den 13. August, abends 8 Uhr, gelangt in der Volkshäuser am Wilhelmsplatz, Der Operndienst, Operette von Richard Heuberger, in einer Neuauflage von Maximilian Moris zum ersten Male zur Aufführung.

Gräßliche Straftat am Donnerstag, den 11. August, abends 7 1/2 Uhr, in der „Arbeiter-Kampfkunst“, Vereinsabend Straße 20, Dichtungen des Kreisverwalters Walter Schwaner.

Die Ernte in Preußen

Die „Statistische Korrespondenz“ des Preussischen Statistischen Amtes veröffentlicht die Ergebnisse der Umfrage über den Stand der Ernte. Sie ist diesmal besonders interessant, weil sie Aufschluß gibt über die Wirkungen der großen Hitze. Die nachstehende Uebersicht gibt ein Bild von dem Stand der hauptsächlichsten Feldfrüchte Anfang August d. J. Von den Begutachtungsjahren bedeuten: 1 = sehr gut, 2 = gut, 3 = mittel (durchschnittlich), 4 = gering.

	Winterweizen	Sommerweizen	Winterroggen	Sommerroggen	Wintergerste	Sommergerste	Hafer	Kartoffeln	Rüben	Wiesen
Anfang August 1921	2,5	2,8	2,6	3,2	2,6	2,9	3,2	3,5	3,1	
Anfang Juli 1921	2,4	2,7	2,5	3,1	2,6	2,8	3,1	2,8	2,7	
Anfang August 1920	2,7	2,7	3,0	3,1	2,8	2,8	2,8	2,8	2,7	

Danach haben sich zwar die Aussichten für die Getreideernte bei Weizen, Roggen und Hafer etwas verschlechtert, bei Gerste nur bei der Sommerernte. Die Aufstellung bestätigt jedoch, daß die Brotgetreideernte „außer Sommerroggen noch besser mit 1 bis 1 bis gut bewertet“ werden darf und daß das Getreide der großagrarischen Organisationen über die Unmöglichkeit der Erfüllung der Umlage unwahr ist.

Die Aussichten der Kartoffelernte hatten sich im August verschlechtert, doch ist noch zu hoffen, daß durch die inzwischen überaus erfolgreichen Niederschläge noch eine Besserung eintreten wird. Die Erntearbeiten sind überall im Gange und geben bei dem sonnigen Wetter flott voran. Bei Fortdauer der bisherigen Witterung glaubt man bis Mitte August alles geerntet zu haben. Das eingefahrene Getreide sowie die Hülsenfrüchte befinden sich in solch trockenem Zustande, daß mit dem Drusch schon hätte begonnen werden können, doch fehlt es dazu meist an Zeit. Druschproben liegen somit noch wenig oder gar nicht vor; immerhin sind von den meisten Berichterstattern schätzungsweise Angaben über den voraussichtlichen Hektarertrag in Doppelzentnern für sämtliche Getreidearten gemacht worden, die Anfang September bekanntgegeben werden. Der Strohertrag soll bei dem Wintergetreide im allgemeinen zufriedenstellend sein.

Freie Bahn dem Steuerhinterzieher

Der Reichstag macht die Steuererlasse, aber wenn diese auch gegen das Kapital Anwendung finden sollen, deutet sie der Reichsfinanzhof, der die Ausführung dieser Gesetze zu überwachen hat, sofort in das Gegenteil um und baut den Kapitalisten Brücken zur Umgehung der Gesetze. Auf nichts anderes läuft eine Entscheidung des Reichsfinanzhofes, die die „Bezugsrechte“ der Aktionäre von der Besteuerung ausnimmt, hinaus. Eine gleiche ungeheure Entscheidung bildet der kürzlich gefaßte Beschluß, wonach die den Steuerbehörden vorgelegten Bilanzen als richtig angenommen werden müssen. Falls die Steuerbehörde anderer Auffassung sei, müsse sie den Gegenbeweis antreten. Dieses Urteil wurde jetzt noch durch eine Bestimmung ergänzt, die die Forderung eines Finanzamtes nach „Entzifferung der Unkosten und Kreditoren einer Bilanz“ als unberechtigt erklärt. Damit ist den Finanzämtern jede Bilanzprüfung einfach unmöglich gemacht und den kapitalistischen Steuerhinterziehern Tür und Tor geöffnet.

Stellt man dieser Entscheidung des Reichsfinanzhofes die Tatsache gegenüber, daß der Lohn- oder Gehaltsempfänger über keinen Kopf hinweg vom Unternehmer zur Veranlagung herangezogen wird, daß er also gegenüber dem sich selbst zur Steuer einschleichen Kapitalisten eine beschämende neue Ausnahmebehandlung erfährt, so können die Entscheidungen des Reichsfinanzhofes keinen Zweifel darüber aufkommen lassen, daß in diesem Gerichtshof derselbe reaktionäre Geist herrscht, den wir von den Strafgerichten her zur Genüge kennen.

Vom internationalen Metallarbeiterkongress

Luzern, 9. August.

Der hier versammelte Internationale Metallarbeiterkongress beschäftigte sich in seiner heutigen Sitzung mit dem Bericht des Sekretärs Jig. Bern. Danach gehören dem Internationalen Verband achtzehn Länder mit 48 Landesverbänden und 4 000 000 Mitglieder an. Besonders zu erwähnen sei der Beitritt einer der größten amerikanischen Organisationen mit 350 000 Mitgliedern. Der Bericht wurde einstimmig genehmigt. Auf dem Kongress ist Deutschland durch zwölf Delegierte vertreten. Aus anderen Ländern sind anwesend Delegierte aus der Schweiz, aus Belgien, Dänemark, England, Frankreich, Holland, Italien, Oesterreich, Luxemburg, Polen, Norwegen, Tschechoslowakei und Ungarn.

Der Reichswehretsch in Münster. Von amtlicher Seite wird mitgeteilt: Bei dem Zusammenstoß zwischen Reichswehr und Zivilisten in Münster in Westfalen handelt es sich um Ausschreitungen von drei einzelnen Reichswehrrangehörigen gegen Zivilpersonen. In deren Verlauf griff eine Patrouille der Scharpe und auch eine Patrouille der Reichswehr zum Schuß der Zivilisten ein. Hierbei wurde ein Reichswehrosoldat verletzt, jedoch keine Zivilperson. — Wenn das nur stimmt!

Entscheidung der Rheinlandkommission. Die Rheinlandkommission hat dem Reichskommissar eine Entscheidung mitgeteilt, wonach sie beschlossen hat, nicht mehr zuzulassen, daß die deutschen Gerichte über Vaterlandsverlänger gegen Personen entscheiden, die zu den alliierten Armeen oder zur internationalen Rheinlandkommission gehören. Die Rheinlandkommission ist der Ansicht, daß der Kläger keine Klage vor dem nationalen Gericht des Beklagten einbringen darf.

Ausdehnung des Rainzer Buchdruckerkreises. Der Ausstand der Buchdrucker dehnt sich auch über Rainz hinaus aus. Die Rainzer bürgerlichen Blätter geben seit Montag eine gemeinsame Zeitung heraus. Nur die sozialdemokratische „Volkszeitung“ erscheint unverändert weiter. In Worms sind die Buchdrucker gleichfalls im Ausstand getreten. Auch dort behelfen sich die bürgerlichen Blätter mit der Herausgabe eines gemeinsamen Nachrichtenblattes. In Wiesbaden ist der Ausstand Dienstag früh ausgebrochen. Er hat auch auf die preussische Seite nach Bielefeld und in den Rheingau übergreifen.

Verbot im besetzten Gebiet. Auf Grund des Artikels 13, Verordnung 3, hat die Internationalisierte Rheinlandkommission den Vertrieb des Buches: „Französische Gismischer“, herausgegeben vom Verlag „Rote Hand“ in München, wegen seines „in Würde der Besatzungstruppen beeinträchtigenden und verletzenden Inhaltes“ im besetzten Gebiete verboten.

Auslieferung ungarischer Kommunisten durch die Jugoslawen. Seit den jüngsten Vorfällen werden in Jugoslawien sorgfältig Personen, die der kommunistischen Gesinnung beschuldigt werden, verhaftet, besonders die aus Ungarn geflüchteten politischen Verbrecher werden neuerdings fast verhaftet. Die Polizei von Maria-Theresopol verhaftete, wie der U. A. gemeldet wird, vierzehn ungarische Emigranten und ließ sie sofort an der Demarkationslinie den ungarischen Behörden übergeben.

Der Bürgerkrieg. In Frankreich sind nach offiziellen Berichten während des Krieges 84 000 Soldaten an der Tuberkulose gestorben.

